Der Bundestag zieht Bilanz der Unwetter-Zerstörungen Alle Parteien haben genau die gleiche – offizielle – Meinung und als Lösung die Klima-Pflichtversicherung

geschrieben von Helmut Kuntz | 13. Juni 2016

Ansonsten ist sich die deutsche Politiklandschaft wie sonst nie einig: CO2 muss weg, und der Bürger muss sich zwangsweise gegen den Klimawandel versichern. Darüber, dass wesentliche Schäden wohl vorwiegend durch Behördenversagen und Nachlässigkeit entstanden sein könnten, wurde nur insofern debattiert, als die Vertreter der Bauerninteressen eine Schuld durch Vermaisung von sich wiesen.

Einschub der EIKE Redaktion:

Dresdner Max-Planck-Institut: Kopplung von Extremniederschlägen an Klimaerwärmung offenbar schwächer als vermutet

Hochaktuell erschien hierzu am 11. Mai 2016 in den Geophysical Research Letters eine neue Studie eines Teams um Yu Zhou vom Max Planck Institut für Physik komplexer Systeme in Dresden. Die Forscher fanden Fehler in der statistischen Bearbeitung von Extremniederschlagsdaten. Nach der Korrektur zeigte sich, **dass die globalen Extremniederschläge in den letzten 15 Jahren sogar abgenommen haben.** Bei Betrachtung der letzten 25 Jahre fanden sie einen viel schwächeren Zusammenhang zwischen Extremniederschlägen und Temperatur als zuvor von anderen Gruppen berichtet. Zhou und Kollegen schlussfolgern, dass das die Gefahr von Extremniederschlägen im **Zuge der Klimaerwärmung stark überschätzt wurde und auf realistischere Werte herunterkorrigiert werden muss.** In Zukunft könnte extremer Regen sogar weniger werden. (Hervorhebung von Redaktion)

Auf der Bundestagshomepage kann man das Protokoll der Redebeiträge vom 8. Juli im Bundestag über die Unwetter nachlesen:

Protokoll (Auszüge): *Bundestag zieht Bilanz der Unwetter-Zerstörungen*

*Der Deutsche Bundestag hat sich am **Mittwoch, 8. Juni 2016**, mit den **Folgen der schweren Unwetter der vergangenen Tage in zahlreichen Bundesländern** befasst.*

Fraktionsübergreifend überwiegend auf Zustimmung traf zudem die Idee,

die Elementarschadensversicherung als Pflichtversicherung auszugestalten.

Ministerin kündigt Hilfen an

Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks (SPD)

… Sie kündigte an, die betroffenen Gemeinden im Rahmen der Städtebauförderung zu unterstützen, um solche Ereignisse künftig zu verhindern oder ihre Folgen einzuschränken. Diese Katastrophen zeigten, dass die Gefahr von Überflutungen nun auch Orte jenseits der großen Flüsse treffe.

Hendricks machte deutlich, dass diese Starkregenereignisse, die lokal zu massiven Zerstörungen führten, schon lange keine Einzelfälle mehr seien. Die Umweltministerin sah in den Unwetterereignissen Auswirkungen des Klimawandels. Es sei daher nötig, dass die Anpassung an den Klimawandel einen höheren Stellenwert bekommt. Hendricks schlug etwa ein aktives Starkregenmanagement vor, um Orte von besonderer Gefährdung zu identifizieren. Flüsse und Bäche müssten zudem renaturiert werden und, wo es möglich ist, Versiegelung rückgängig gemacht werden. Hendricks sagte auch, dass die intensive Landwirtschaft, insbesondere Maisanbau, ein Risikofaktor für Überschwemmungen sei.

Bulling-Schröter (Die Linke) sagte, es müsse den Bürgern zudem „reiner Wein“ eingeschenkt werden. Es handle sich um Folgen des Klimawandels. Die Zahl der Extremwetterereignisse – Stürme, Fluten und Hitzewellen – nehme weltweit zu, sagte die Linke-Abgeordnete.

Grüne: Solche Ereignisse werden sich häufen

Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen)

… Der Grünen- Abgeordnete sagte eine Häufung solcher Ereignisse im Zuges Klimawandels voraus. Es sei nun das „oberste Gebot“, das 1,5-Grad-Ziel des Weltklimaabkommens von Paris einzuhalten, sagte Ebner.

Max Straubinger (CDU/CSU) … verwahrte sich, wie auch andere Abgeordnete der Unionsfraktion, gegen Schuldzuweisungen an die Landwirtschaft. Es sei bedauerlich, wenn sofort wieder über die Landwirtschaft hergezogen werde

Klimaretter.Info, wie immer pflichtbewusst vorbeugend der gleichen Meinung wie unsere Regierung und das Umweltministerium, fasste die Aussagen von Frau Hendricks wie folgt zusammen:

Klimaretter.Info, 08. Juni 2016: Unwetter beschäftigt Bundestag

"Wir sind die erste Generation, die den vom Menschen gemachten Klimawandel erlebt", sagte Ministerin Hendricks. "Nicht alle Ereignisse sind auf den Klimawandel zurückzuführen, doch solche Unwetter werden

durch den Klimawandel begünstigt." Die Frage sei nicht, was Klimaschutz koste. Die Frage sei vielmehr, wie hoch die Kosten seien, wenn man nicht handele.

Das mit den Kosten klären unsere Politiker fleißig, denn es spült immer irgendwie Geld in die Kassen und entbindet den Staat von seinen Aufgaben. Nachdem bereits Luftbestandteile einer Steuer unterliegen (CO_2-Steuer) muss der Bürger endlich einsehen, dass das Wetter und seine Kapriolen auch genereller Steuern oder Gebühren bedarf. Mal sehen, was den Politikern nach der Pflichtversicherung noch alles einfällt. Der Klimawandel ist ja generell verantwortlich für jedes „extrem“, so dass alles was vom „gefühlt“ Normalen abweicht vorsichtshalber mit Abgaben belegt werden kann. Und darin, dem Bürger Klima-Angst zu machen um ihn problemloser Schröpfen zu können sind sich inzwischen alle Parteien einig.

Wer Ungereimtheiten der Klimawandeldebatte und Hintergründe zu einigen der jüngsten Schadensereignisse nachlesen will findet anbei Links, da ein paar der Informationen bereits im Archiv „verschwunden“ sind.

EIKE 09.06.2016: **An den Unwettern ist der Mensch eher nicht schuld – aber ganz sicher an deren Folgen**

Darstellung der Unwetter um Simbach (Niederbayern)

EIKE 06.06.2016, J. Kowatsch: **Hintergründe der Unwetter in Süddeutschland. Vergleich von Braunsbach und Niederalfingen**

EIKE 04.06.2016,Kämpfe, Kowatsch: **Der Wonnemonat Mai: Wo ist die Erwärmung?**

EIKE 02.06.2016,K. E. Puls: **PIK-Forscher Rahmstorf hält im ZDF seine eigenen Extremwetter-Vorlesung – IPCC und DWD-Messungen sagen was Anderes !**

EIKE 14.04.2016,K. E. Puls: **9. IKEK Dipl.-Meteorologe Klaus-Eckart Puls:Extremwetter-Ereignisse : Was finden die Wetterdienste? Was schreibt der Klimarat IPCC?**